

KOMMENTAR

Gegen alle Theorie? Die Konsolidierung der Demokratie in Ostmitteleuropa

Wolfgang Merkel

Schlagwörter: Transformation, Demokratisierung, Konsolidierung, Ostmitteleuropa

1. Einleitung

Neunzehnhundertneunzig – die Systemwechsel in Osteuropa hatten gerade begonnen, da erschien ein Aufsatz mit dem Titel „The Necessity and Impossibility of Simultaneous Economic and Political Reform“. Sein Verfasser war niemand geringerer als Jon Elster (1990). Ein kurzer Blick auf die Ereignisse hatte dem brillanten Theoretiker genügt, um einen komplexen Geschichtsverlauf auf einen einfachen Begriff zu bringen: Unmöglichkeit! Die Unmöglichkeit erfolgreicher „holistischer Reformen“ (Wiesenthal 1993) wurde mit der Notwendigkeit, gleichzeitig wirtschaftliche und politische Reformen erfolgreich durchzuführen, verknüpft. Unmöglichkeit, Notwendigkeit und Gleichzeitigkeit formten sich infolge ihrer spezifischen Interdependenzen zu einem Theorem, das als „Dilemma der Gleichzeitigkeit“ (Offe 1991) eine rasante Karriere in den Sozialwissenschaften machte. Es gab kaum eine Analyse zu den Systemwechseln in Osteuropa, die das „Dilemma“ nicht zitierte, (affirmativ) aufgriff¹ und in den empirischen Fakten nach Bestätigung fahndete. Die theoretische Eleganz war bestechend, der Suggestion kaum auszuweichen. Was war der Kern des Theorems?

Die Transformation der kommunistischen Regime Osteuropas und der zentralasiatischen Nachfolgestaaten, so die Präambel des Theorems, unterscheidet sich kategorial von allen Systemwechseln der ersten und zweiten Demokratisierungswelle. Der prinzipielle Unterschied gründet in der Problematik, dass zwei, wenn nicht gar drei Transformationsprozesse gleichzeitig abliefen: die politische Transformation (Übergang von der Diktatur zur Demokratie), die wirtschaftliche Transformation (Wechsel von der Kommando- zur Marktwirtschaft) und – in einigen Fällen – die staatliche Transformation (die Neu- oder Wiedergründung von Nationalstaaten). Bei den postkommunistischen Systemwechseln hätten wir es mit Transformationsprozessen zu tun, die im westeuropäischen Normalfall evolutionär, zeitlich aufeinander folgend und über Jahrhunderte hinweg abgelaufen seien. In Osteuropa verschmolzen sie jedoch nun zu einem politi-

¹ Der Verfasser dieser Zeilen schließt sich da keineswegs aus (Merkel 1994, 1996).

schen Projekt, das von Politikern zielgerichtet konzipiert und kurzfristig realisiert werden sollte. Für dieses Vorhaben gäbe es weder historische Vorbilder noch eine wohlwollende siegreiche Besatzungsmacht, die die Lösung der grundsätzlichen Territorial-, Verfassungs- und Wirtschaftsfragen „von außen“ oktroyieren könnte, wie dies in der zweiten Demokratisierungswelle in Deutschland und Japan der Fall war.

Die einfache Addition der drei Probleme (National-)Staatsbildung, Demokratisierung und Wirtschaftsumbau erkläre jedoch noch längst nicht den eigentlichen dilemmatischen Kern der postkommunistischen Transformation. Dieser bestehe vielmehr darin, dass alle drei Sphären zwar einerseits einer je eigenen Entwicklungslogik folgten, andererseits aber hochgradig interdependent seien. Interdependenz und Eigenlogik könnten unter dem Diktat der Gleichzeitigkeit leicht zu Interferenzen oder gar „wechselseitigen Obstruktionseffekten“ (Offe 1991: 283) der drei „nachholenden Modernisierungsprozesse“ (Habermas 1990: 177) führen, die im Extremfall eine dilemmatische Form annähmen. Es stünde zu erwarten, so die zwingende Schlussfolgerung, dass die Konsolidierung der Demokratie in Osteuropa – wie im gesamten postkommunistischen Bereich – prekärer sei und sich deutlich länger hinziehen würde, als dies bei den Systemwechseln mit kapitalistischen Hintergrund in Südeuropa oder Lateinamerika der Fall gewesen war.

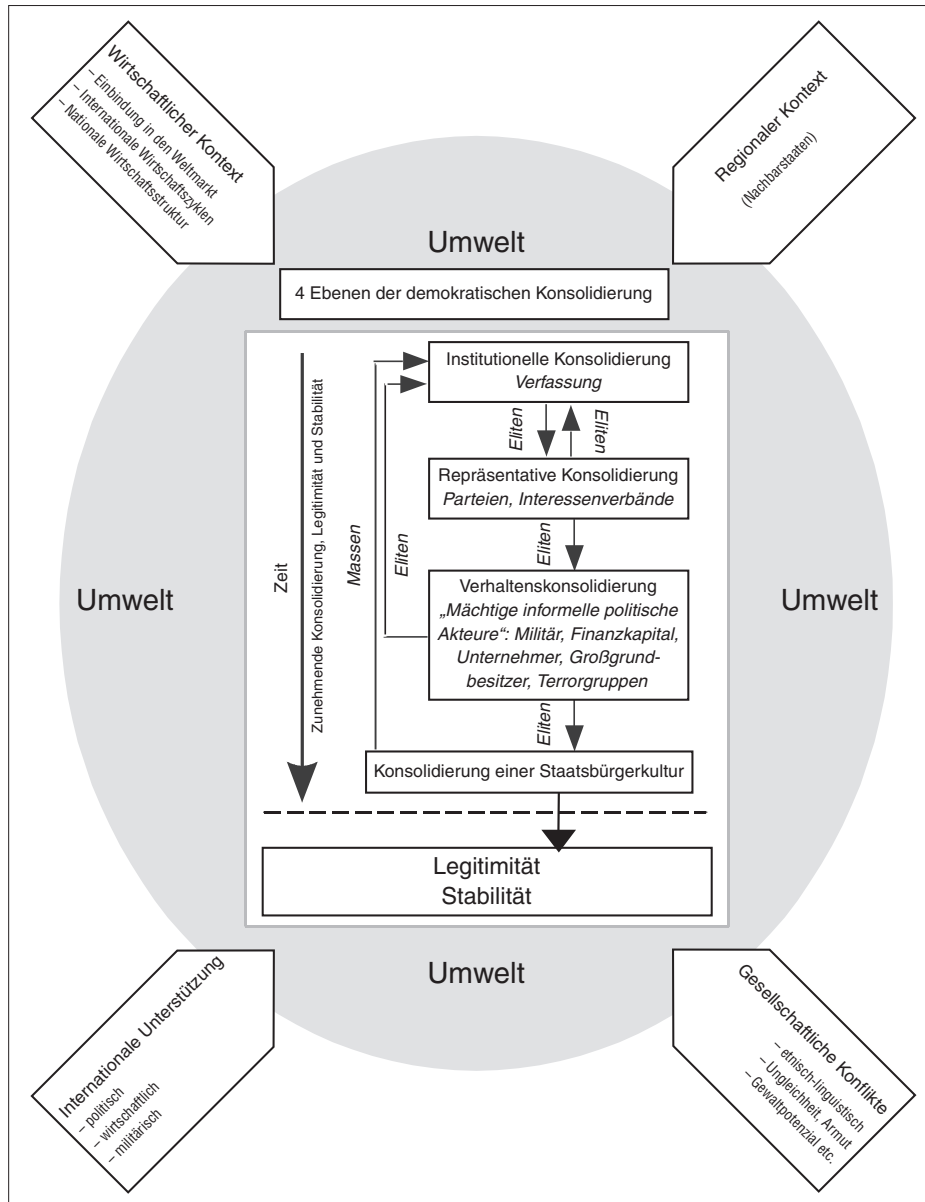
Am Ende des Jahrzehnts waren sich die meisten Transformationsforscher einig, dass sich viele der neuen Demokratien Osteuropas konsolidiert hatten. Zehn Länder fanden ihre Konsolidierungserfolge 2004 und 2006 schließlich mit der Mitgliedschaft in der Europäischen Union (EU) prämiert (Alber/Merkel 2006). Philippe Schmitter und Carsten Schneider (2004) konstatierten gar, dass der Kern der ostmitteleuropäischen Länder und die baltischen Staaten ihre Demokratien schneller konsolidiert hätten, als dies in Lateinamerika oder in Südeuropa der Fall war. Hat die Theorie also versagt? Haben Sozialwissenschaftler wieder einmal gezeigt, dass ihre Stärken in der Ex-post-Erklärung, nicht aber in Ex-ante-Voraussagen liegen? Ich will diesen Fragen in vier Schritten nachgehen:

- Welches Modell der demokratischen Konsolidierung hat sich als besonders erklärungsrobust erwiesen?
- Wie konsolidiert sind die Demokratien in Osteuropa tatsächlich?
- Was lässt sich über die Qualität dieser Demokratien aussagen?
- Lässt sich die Prognoseschwäche des „Dilemmas“ theoretisch erklären?

2. Das Mehrebenenmodell der demokratischen Konsolidierung

Der Begriff der *demokratischen Konsolidierung* ist in der Transformationsforschung umstritten. Minimalistische Annahmen (Di Palma 1990: 138 ff.; Przeworski 1991: 26) konkurrieren mit anspruchsvolleren Konzepten (Pridham 1995; Gunther et al. 1995; Linz/Stepan 1996; Merkel 1998; Schmitter/Schneider 2004). Uneinig waren und sind sich die Transformationsforscher auch darüber, welche politischen und gesellschaftlichen Institutionen stabilisiert sein müssen, um von einer konsolidierten Demokratie sprechen zu können. Dissens herrscht sowohl hinsichtlich der Weite des Zeithorizonts als auch im Hinblick auf die Pfade, die am schnellsten zur Konsolidierung führen.

Abbildung 1: Mehrebenenmodell der demokratischen Konsolidierung



Quelle: nach Merkel (2007: 134).

Geoffrey Pridham (1995: 168) unterschied deshalb zwischen „negativer“ und „positiver“ Konsolidierung. Demokratien sind für ihn „negativ“ konsolidiert, wenn kein relevanter politischer oder sozialer Akteur außerhalb der demokratischen Institutionen seine Interessen und Ziele verfolgt, weil zu diesem Zeitpunkt keine attraktive Systemalter-

native zur Demokratie existiert.² „Positiv“ ist ein politisches System erst dann konsolidiert, wenn das gesamte System nicht nur in den Augen der Eliten legitim und ohne Alternative ist, sondern wenn auch die Einstellungs-, Werte- und Verhaltensmuster der Bürger einen stabilen Legitimitätsglauben an die Demokratie reflektieren. Ein solches Konsolidierungskonzept rechnet mit weit längeren Zeithorizonten für die Stabilisierung einer postautoritären Demokratie als die nur auf die Eliten bezogene negative demokratische Konsolidierung. Das Minimalkonzept der „negativen Konsolidierung“ basiert auf handlungstheoretischen Maximen, während der Begriff der „positiven Konsolidierung“ stärker systemtheoretischen Überlegungen folgt.³

Ich greife dieses Konzept der positiven Konsolidierung auf und differenziere es in vier analytische Ebenen,⁴ auf denen sich die Konsolidierungschancen des gesamten politischen Systems entscheiden. Die vier analytischen Ebenen geben zugleich auch eine häufig beobachtbare zeitliche Stufenabfolge der demokratischen Konsolidierung insofern wieder, als Ebene 1 in aller Regel am frühesten konsolidiert ist, während die demokratische Konsolidierung der vierten Ebene meist am längsten dauert.

Erste Ebene: die konstitutionelle Konsolidierung: Sie bezieht sich auf die zentralen politischen Verfassungsinstitutionen wie Staatsoberhaupt, Regierung, Parlament, Judikative und das Wahlsystem⁵ (*Makroebene: Strukturen*).

Die konstitutionelle Konsolidierung ist im Allgemeinen von den oben genannten vier Ebenen am frühesten abgeschlossen und wirkt durch normative, sanktionierende und damit ermöglichende wie handlungseingrenzende, also strukturbildende Vorgaben auf die zweite sowie die nachfolgenden Ebenen 3 und 4 ein.

Zweite Ebene: die repräsentative Konsolidierung: Sie betrifft die territoriale und funktionale Interessenrepräsentation, d. h. vor allem Parteien und Interessenverbände (*Mesoebene: Akteure*).

Die Konstellationen und Handlungen der Akteure auf Ebene 2 entscheiden einerseits mit darüber, wie sich die Normen und Strukturen auf der ersten Ebene konsolidieren, und andererseits darüber, ob die gemeinsame Konfiguration der Ebenen 1 und 2 das Verhalten der Akteure auf Ebene 3 im Hinblick auf die demokratische Konsolidierung positiv oder negativ beeinflusst.

Dritte Ebene: Verhaltenskonsolidierung: Auf der dritten Ebene agieren die „informellen“, d. h. die potenziellen politischen Akteure wie Militär, Großgrundbesitzer, Finanzkapi-

2 Adam Przeworski (1991: 26) hat dies in der ubiquitär zitierten, aber dennoch tautologieverdächtigen Formel zusammengefasst: „Democracy is consolidated, when under given political and economic conditions a particular system of institutions becomes the only game in town, ...“

3 Es rekuriert zumindest implizit auf David Eastons (1965) Theorem der unterschiedlichen Formen des „supports“ als legitimitätsproduzierendes und systemstabilisierendes Feedback innerhalb eines politischen Systems.

4 Dabei baue ich auf Überlegungen auf, die Juan Linz und Alfred Stepan (1996) entwickelt haben (vgl. Merkel 1998).

5 Wenngleich Wahlsysteme selten Verfassungsrang besitzen, sind sie infolge ihrer faktischen Bedeutung für die Zuteilung von politischen Repräsentationschancen von vergleichbarer Wichtigkeit für die Konsolidierung der Demokratie wie die Verfassungsorgane (Sartori 1994).

tal, Unternehmer, radikale Bewegungen und Gruppen (*Mesoebene: informelle politische Akteure*).

Die Konsolidierungserfolge auf den Ebenen 1 und 2 sind von erheblicher Bedeutung im Hinblick darauf, ob die potenziellen Vetomächte ihre Interessen innerhalb oder außerhalb der bzw. gegen die demokratischen Normen und Institutionen verfolgen werden. Sind die ersten drei Ebenen konsolidiert, gehen von ihnen entscheidende Impulse für die Herausbildung einer demokratiestabilisierenden Bürgergesellschaft aus.

Vierte Ebene: demokratische Konsolidierung der politischen Kultur: Die Konsolidierung des demokratischen politischen Systems schließt mit der Herausbildung einer Staatsbürgerkultur als soziokulturellem Unterbau der Demokratie ab. Sie kann, wie wir aus der politischen Kulturforschung der zweiten Demokratisierungswelle (Italien, BRD, Österreich und Japan nach 1945) wissen, Jahrzehnte dauern und erst durch einen Generationswechsel besiegelt werden (u. a. Almond/Verba 1963, 1980) (*Mikroebene: Bürger*).

Von einer konsolidierten demokratischen Zivilkultur gehen immunisierende Wirkungen auf die Ebenen 1 bis 3 aus, wenn deren Stabilität (Ebenen 1 und 2) oder Integration (Ebene 3) durch externe (z. B. wirtschaftliche, außenpolitische) Krisen bedroht sind. Erst wenn alle vier Ebenen konsolidiert sind, kann von einer weitgehend krisenresistenten Demokratie gesprochen werden.

Demokratische Konsolidierung ist kein irreversibler Endzustand, sondern ein relativ stabiles Equilibrium der definierenden Bestandteile eines demokratischen Systems. Aber selbst ein solchermaßen „maximal“ konsolidiertes demokratisches System ist nicht gänzlich gegen potenzielle Dekonsolidierungstendenzen immun. Allerdings birgt eine auf allen vier Ebenen konsolidierte Demokratie hohe Widerstandsreserven gegen exogene Destabilisierungsschocks, wie sie durch dramatische ökonomische oder außenpolitische Krisen entstehen können. Ein Dekonsolidierungsprozess müsste sich dann über längere Zeitperioden hinziehen und alle vier Ebenen erodieren, bevor Autokratisierungstendenzen den demokratischen Systemcharakter zerstören können. Insofern hat ein Konzept der demokratischen Konsolidierung, das die politischen Einstellungen und Werte der Bürger mit erfasst, ein höheres Prognosepotenzial (Klingemann et al. 2006) als minimalistische Konzepte, die diese Legitimationsform als tautologieverdächtige, systemtheoretische Altlasten der Transformationsforschung begreifen.⁶

3. Der Konsolidierungsstand in Osteuropa⁷

Von allen internationalen Demokratie-Rankings und Demokratie-Ratings stellt der *Bertelsmann Transformation Index* (BTI) die verlässlichsten, transparentesten und ausdiffe-

⁶ Przeworski (1986, 1991) ist dafür das prominenteste Beispiel.

⁷ In Kapitel 3 (Konsolidierungsstand) und Kapitel 4 (Qualität der Demokratie) stütze ich mich auf die Daten des *Bertelsmann Transformation Index* (BTI) von 2006, die den Konsolidierungsstand Ende 2005 wiedergeben. Die Daten werden in zweijährigem Abstand in 119 Ländern erhoben. Sie basieren auf subjektiven Experten-Einschätzungen, die einen vierstufigen Kontrollprozess durchlaufen: Länderexperte aus dem Land, Kontrolle durch deutschen Länderexperten, Regionalkoordinatoren, Interregionale Koordination (vgl. Bertelsmann Stiftung 2005).

renziertesten Daten bereit.⁸ Da sie zudem in hohem Maße mit den vier Ebenen des Konsolidierungsmodells kompatibel⁹ sind, werde ich mich im empirischen Teil meines Kommentars auf sie stützen.¹⁰

Ebene 1: Die konstitutionelle Konsolidierung

Der Konsolidierungsstand der maßgeblichen Verfassungsinstitutionen (Ebene 1) lässt sich über die Erfüllung von drei wesentlichen Kriterien erfassen:

1. *Die institutionelle Effizienz:* Die politischen Institutionen müssen zügige, problemangemessene politische Entscheidungen zulassen und politische Stabilität produzieren.
2. *Die institutionelle Transparenz:* Die politischen Entscheidungen müssen demokratisch legitimiert, zurechen- und kontrollierbar sein.
3. *Die institutionelle Inklusion:* Die Institutionen müssen die politische und soziale Integration und Partizipation fördern.

Der BTI erfasst diese drei Kriterien über die Indikatoren der „Performanz“ und „Akzeptanz“ der Verfassungsinstitutionen sowie über die Indikatoren, die die *horizontal accountability*, die faktische Garantie der Freiheitsrechte sowie die Verfolgung von Amtsmissbrauch messen. Für Osteuropa ergibt sich folgendes Bild:

Hinsichtlich des Konsolidierungsstandes¹¹ der Verfassungsinstitutionen führen Estland und Slowenien, dicht gefolgt von Polen, Litauen, Ungarn, Tschechien, der Slowakei und Kroatien. In diesen Ländern können die wichtigsten politischen Institutionen als konsolidiert gelten. Für die zweite Gruppe mit Lettland¹², Bulgarien und Rumänien kann dies nur mit Einschränkungen gelten. In der dritten Gruppe werden von den BTI-Experten für Mazedonien, Serbien und Bosnien-Herzegowina sichtbare Defekte konstatiert. In der vierten Gruppe (Albanien, Russland, Moldawien) sind die demokratischen Institutionen noch wenig konsolidiert. Im Fall Belarus sind sie autoritär ausgehöhlt und überformt.

⁸ Für die grafische Aufbereitung der Daten danke ich meinem Mitarbeiter Heiko Giebler.

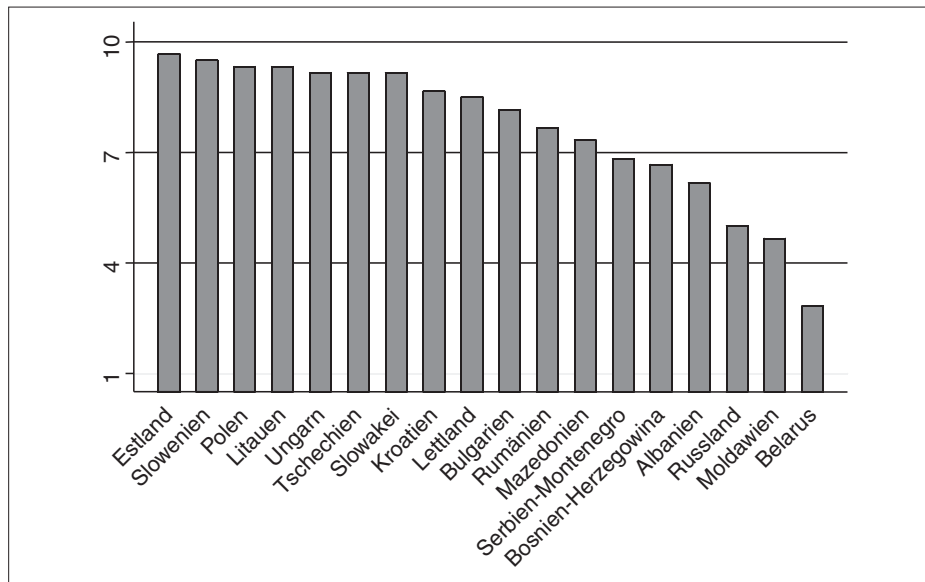
⁹ Das Vier-Ebenen-Modell der demokratischen Konsolidierung fungierte bei der Ausarbeitung der Kriterien und Indikatoren des BTI als Referenzkonzept.

¹⁰ In Kapitel 4 werde ich den Statusindex des BTI mit den gebräuchlichsten Demokratieindizes Freedom House und Polity IV korrelieren, um die Demokratiemessung des BTI besser einschätzen zu können.

¹¹ Die Skala des BTI reicht von 1 (niedrigster Wert) bis 10 (höchster Wert). 10 bedeutet nicht die bestmögliche Konsolidierung der besten Demokratie, sondern zeigt eine stabile rechtsstaatliche Demokratie an. Dies ist der durchschnittliche Wert, den die meisten der Mitgliedstaaten der EU-15 (vor 2004) erzielt hätten.

¹² Für Lettland schlagen die restriktiven Normen zur Erlangung der Staatsbürgerschaft für die russische Minderheit negativ zu Buche.

Abbildung 2: Konstitutionelle Konsolidierung



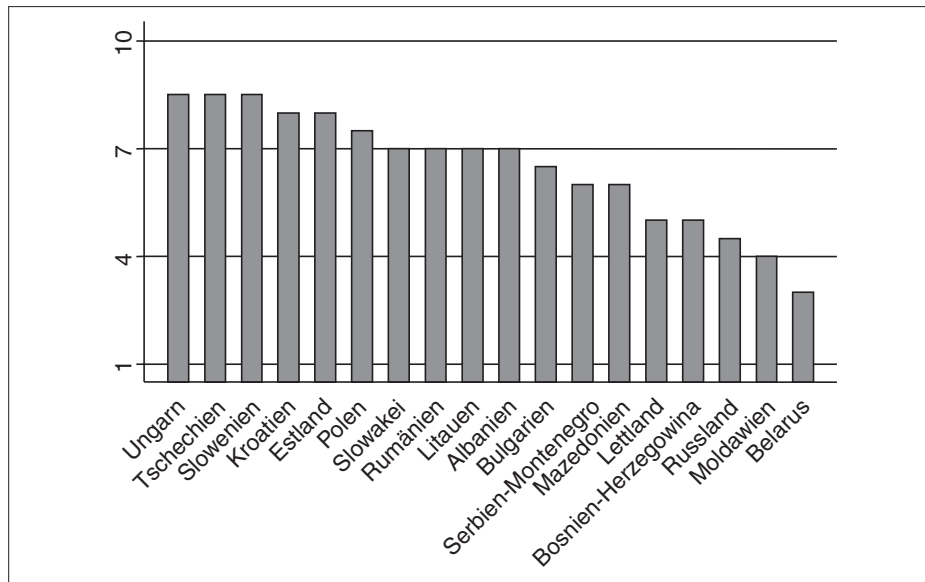
Angaben: Die Berechnung erfolgt auf Basis der Indikatoren aus den BTI-Kriterien „Rechtsstaatlichkeit“ (Unabhängigkeit staatlicher Gewalten, Unabhängigkeit der Justiz, Ahndung von Amtsmissbrauch und Ausmaß bürgerlicher Freiheiten und Rechte) und „Stabilität demokratischer Institutionen“ (Leistungsfähigkeit demokratischer Institutionen und Akzeptanz demokratischer Institutionen). Aus den Indikatoren, die jeweils eine Skala von 1 (schlechteste Bewertung) bis 10 (beste Bewertung) aufweisen, wurden ungewichtete Durchschnittswerte berechnet.

Quelle: Bertelsmann Stiftung (2005).

Ebene 2: Die repräsentative Konsolidierung

Auch bei der repräsentativen Konsolidierung lassen sich vier Gruppen erkennen, wenngleich die Werte der repräsentativen Konsolidierung im Durchschnitt sichtbar unter dem Konsolidierungsgrad der Verfassungsinstitutionen liegen. In der ersten Gruppe finden sich Slowenien, Ungarn, Tschechien, Kroatien und Estland. Schwächer konsolidiert sind die intermediären Strukturen in Polen, der Slowakei, Litauen, Albanien, Bulgarien, Rumänien (vgl. auch Wessels/Klingemann 2006). Als nicht konsolidiert muss die Interessenrepräsentation in Mazedonien, Lettland, Serbien-Montenegro und Bosnien-Herzegowina gelten. In Russland, Moldawien und Belarus sind sie ebenso instabil wie autoritär durchgesetzt.

Abbildung 3: Repräsentative Konsolidierung



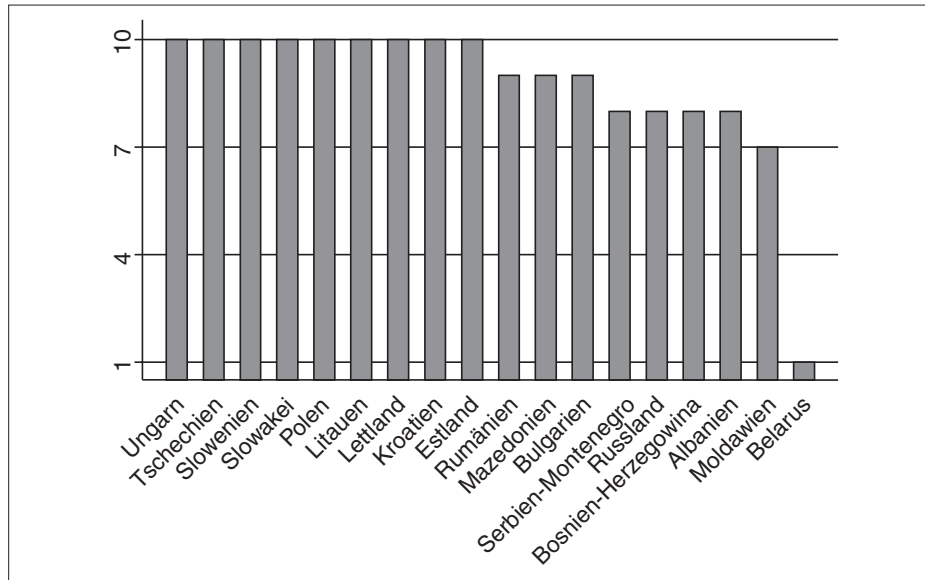
Angaben: Die Werte für die repräsentative Konsolidierung entsprechen dem ungewichteten Durchschnitt der BTI-Indikatoren „Parteiensystem“ und „Verbände und Interessengruppen“, die jeweils eine Skala von 1 (schlechteste Bewertung) bis 10 (beste Bewertung) aufweisen.

Quelle: Bertelsmann Stiftung (2005).

Ebene 3: Verhaltenskonsolidierung und Vetoakteure

Die Gefahr von Vetoakteuren war in Osteuropa von Anbeginn der Demokratisierung geringer als in den anderen Transformationsregionen der dritten Welle (Linz/Stepan 1996). In neun Ländern gab es überhaupt keine Anzeichen eines antidemokratischen Vetopotenzials. In Mazedonien und Bulgarien ist dies gering. In Serbien-Montenegro, Russland, Bosnien-Herzegowina und Albanien gibt es Vetoambitionen in der exekutiven Vertikalen, bei Oligarchen oder einer mit dem Staatsapparat verflochtenen organisierten Kriminalität. In Belarus ist der Machthaber Lukaschenka und seine präsidentielle Vertikale selbst der alles entscheidende Vetoakteur gegen jegliche Demokratisierung. Das Militär als klassischer Vetoakteur spielt in Osteuropa keine vergleichbar demokratiefördernde Rolle wie in Lateinamerika oder Südostasien (Croissant 2004).

Abbildung 4: Verhaltenskonsolidierung/Vetoakteure



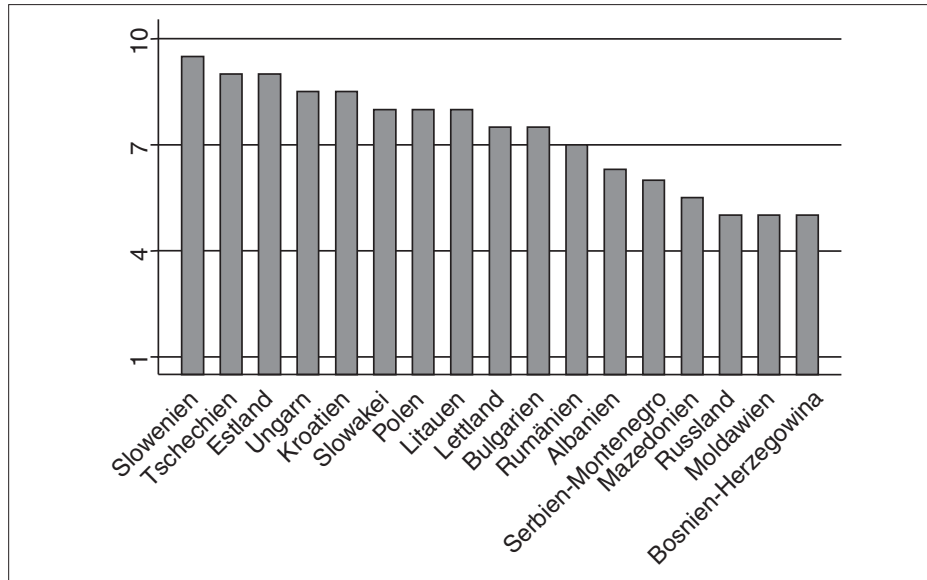
Angaben: Die hier verwendeten Daten entsprechen dem BTI-Indikator „Vetomächte“, der eine Skala von 1 (schlechteste Bewertung) bis 10 (beste Bewertung) aufweist.

Quelle: Bertelsmann Stiftung (2005).

Ebene 4: demokratische Konsolidierung der politischen Kultur

Die politische Kultur, wie sie hoch generalisiert in dem Teilindex des BTI wiedergegeben wird, weist eine Gruppe von Ländern von Slowenien bis Litauen mit graduellen Unterschieden als demokratiekompatibel aus. Von Lettland bis Bulgarien und Rumänien muss die *civic culture* als unterentwickelt angesehen werden. „Starke Demokraten“ sind deutlich unter-, „schwache Demokraten“ deutlich überrepräsentiert. Dennoch machen auch in diesen Ländern die „Autokraten“ nur rund 10 Prozent der Bevölkerung aus (Klingemann et al. 2006: 5). In Russland, Moldawien und Bosnien-Herzegowina entspricht die semi-autoritäre politische Kultur dem niedrigen demokratischen Standard der politischen Eliten.

Abbildung 5: Konsolidierung der demokratischen politischen Kultur



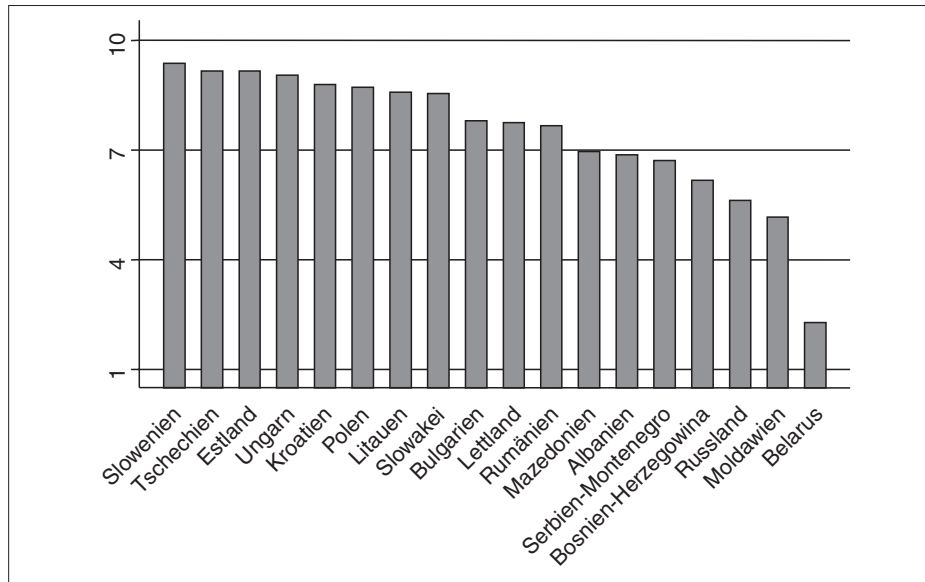
Angaben: Die Werte für die Konsolidierung dieser Ebene entsprechen dem ungewichteten Durchschnitt der BTI-Indikatoren „demokratischer Konsens“ und „gesellschaftliche Selbstorganisation“, die jeweils eine Skala von 1 (schlechteste Bewertung) bis 10 (beste Bewertung) aufweisen. Belarus fehlt in dieser Grafik, da keine Bewertung für den Indikator „demokratischer Konsens“ vorliegt.

Quelle: Bertelsmann Stiftung (2005).

Fazit

Aggregiert man die Teilindizes der vier Konsolidierungsebenen lassen sich vier Ländergruppen erkennen. Die erste Gruppe mit Slowenien, Tschechien, Estland, Ungarn, Kroatien, Polen, Litauen und der Slowakei muss als konsolidiert gelten. Bulgarien, Lettland und Rumänien gehören der zweiten Gruppe an, die in den nächsten Jahren in die erste Liga aufsteigen können. Die Mitgliedschaft in der EU dürfte diesen Prozess unterstützen. Mazedonien, Albanien, Serbien und Bosnien zählen zu einer dritten Gruppe nicht konsolidierter elektoraler Demokratie. Russland und Moldawien sind als semi-autoritäre Regime mit lediglich demokratischen Wahlen anzusehen. Belarus unter Lukaschenka hat sich reautokratisiert, falls es je die Schwelle zu einer Demokratie überschritten hatte.

Abbildung 6: Gesamtkonsolidierung



Angaben: Die Werte entsprechen dem ungewichteten Durchschnitt der vier Ebenen. Eine Ausnahme stellt Belarus dar; hier erfolgt die Berechnung aus Datengründen lediglich aus den Werten der ersten drei Ebenen.

Quelle: Bertelsmann Stiftung (2005).

4. Die demokratische Qualität der politischen Regime in Osteuropa

Der Stand der demokratischen Konsolidierung und die Qualität der demokratischen Regime sind nicht völlig deckungsgleich, wenngleich starke Überlappungen existieren. Ich benutze deshalb im Folgenden den sogenannten Status-Index des BTI, der die Qualität der Demokratie breiter erfasst als die bisher herangezogenen Indikatoren für die vier Konsolidierungsebenen. Der höchste erzielbare Wert ist 10, der theoretisch niedrigste ist 0.¹³ Wenn man die numerischen Indexwerte zudem in die vier Regimegruppen „rechtsstaatliche Demokratien“, „defekte Demokratien“, „stark defekte Demokratien“ und „autokratische Regime“ unterteilt, ergibt sich folgendes Bild:

Die mit Abstand größte Gruppe sind die rechtsstaatlichen Demokratien. Allein Belarus ist ein offen autokratisches Regime, während Russland und Moldawien sich als stark defekte Demokratien dem Typus der Autokratie genähert haben. Korreliert man den BTI mit den Indizes von *Freedom House* (2007) und *Polity IV* (2007), so ergibt sich ein uneinheitlicher Befund. Der – freilich weniger transparente – Index von *Freedom House* hat mit 0,94 eine fast perfekte Korrelation mit dem BTI, während *Polity*

¹³ Der Null-Wert ist allerdings rein theoretischer Natur. Er wird nicht einmal von totalitären Regimen wie Nordkorea oder *failed states* wie Somalia erreicht.

Tabelle 1: Die demokratische Qualität der politischen Regime in Osteuropa

	Rechtsstaatliche Demokratien	Defekte Demokratien	Stark defekte Demokratien	Autokratische Systeme
Demokratische Qualität des politischen Regimes	10,0 – > 8,0	8,0 – > 6,0	6,0 – > 4,0	≤ 4,0
Länder	Slowenien (9,55) Tschechien (9,45) Estland (9,4) Ungarn (9,4) Litauen (9,25) Polen (9,2) Slowakei (9,2) Kroatien (9,1) Bulgarien (8,45) Lettland (8,3) Rumänien (8,2)	Mazedonien (7,55) Serbien-Montenegro (7,4) Albanien (7,25) Ukraine (7,1) Bosnien-Herzegowina (6,8)	Russland (5,7) Moldawien (5,4)	Belarus (3,97)

Angaben: Die Einteilung der Länder erfolgt mithilfe des Status-Index „Demokratie“ des BTI; 10 stellt die beste, 1 die schlechteste mögliche Bewertung dar.

Quelle: Bertelsmann Stiftung (2005).

Tabelle 2: Korrelation der Indizes von BTI, Freedom House und Polity IV

	BTI	Freedom House	Polity IV
BTI	#	#	#
Freedom House	0,94	#	#
Polity IV	0,72	0,75	#

Quelle: eigene Berechnungen.

IV sowohl mit Freedom House (0,75) als auch mit dem BTI (0,72) eine weniger beeindruckende, wenngleich immer noch hohe Korrelation aufweist.

Freedom House und BTI folgen einem ähnlichen Demokratiebegriff, der mit der Betonung von rechtsstaatlichen Elementen deutlich über die minimalistischere Konzeptualisierung der Demokratie bei Polity IV hinausgeht. Darüber hinaus weist Polity IV¹⁴ auch einzelne Länderwerte auf, die an der Validität der Einschätzungen Zweifel aufkommen lassen. So erhielt Estland 2007 mit +6 einen niedrigeren Wert als Albanien (+7), Moldawien (+7) oder gar Russland (+7) – eine Einschätzung, die schwerlich von irgendeinem Osteuropa-Forscher beglaubigt würde.¹⁵ Auch die Werte von jeweils +9 für Bulgarien und Rumänien erscheinen als zu hoch gegriffen.¹⁶

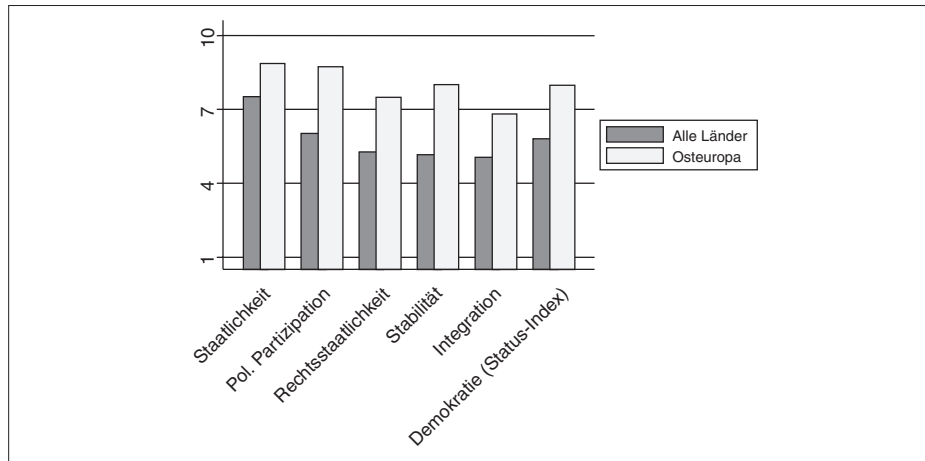
Geht man über den intraregionalen Vergleich hinaus und differenziert man die demokratische Qualität der politischen Regime über die fünf Kriterien „Staatlichkeit“,

¹⁴ Die Werte von Polity IV reichen von –10 (niedrigster Wert) bis zu +10 (höchster Wert).

¹⁵ Die Werte legen nahe, dass bei Polity IV nicht nur für die seit 1815 rekonstruierten Werte, sondern auch für zeitgenössische Bewertungen eine kritische Vorsicht geboten ist.

¹⁶ Vgl. Online-Anhang, der die einzelnen Länderbewertungen von BTI, FH und Polity IV im Vergleich wiedergibt.

Abbildung 7: Osteuropa im Vergleich zu den anderen Staaten



Angaben: Die Werte entsprechen den ungewichteten Durchschnitts der osteuropäischen, respektive aller Staaten, die im Sample des BTI 2006 enthalten sind (insgesamt 119 Staaten). Die Skala verläuft zwischen 1 (schlechteste Bewertung) und 10 (beste Bewertung).

Quelle: Bertelsmann Stiftung (2005).

„politische Partizipation“, „Rechtsstaatlichkeit“, „Stabilität demokratischer Institutionen“ sowie „politische und gesellschaftliche Integration“, so zeigt sich, dass die „Region“ Osteuropa sichtbar bessere Werte aufweist als alle Weltregionen außerhalb der OECD-Staaten¹⁷, die von der dritten Welle der Demokratisierung erfasst wurden.

Abbildung 7 zeigt, dass im Durchschnitt in Osteuropa die demokratische Qualität der politischen Regime sichtbar höher ist als in allen anderen Transformationsregionen, Südeuropa (Spanien, Portugal und Griechenland) ausgenommen.¹⁸ Nimmt man nur Ostmitteleuropa und das Baltikum, lässt sich auch zu den drei südeuropäischen Staaten kein Qualitätsunterschied mehr erkennen. Zwischen den fünf Demokratiedimensionen wird allerdings auch in Osteuropa eine Schwäche sichtbar, die alle neuen Demokratien kennzeichnet: das Rechtsstaatsdefizit. Insbesondere die Differenz zwischen der politischen Partizipation und der Qualität des Rechtsstaats zeigt, dass es eine Lücke zwischen der Partizipation und der geringer entwickelten Rechtsstaatlichkeit gibt. Sie ist zwar in den anderen Transformationen viel deutlicher ausgeprägt, aber auch in Osteuropa deutlich sichtbar und selbst in Ostmitteleuropa nicht verschwunden. Ähnliches gilt auch für die politische und soziale Integration (siehe Abbildung 7). Allerdings muss an dieser Stelle auf das begrenzte Differenzierungspotenzial der BTI-Daten verwiesen werden. Sie sind für die demokratische Konsolidierung von Transformationsregimen entwickelt worden, nicht für die Qualitätsmessung konsolidierter Demokratien.

¹⁷ Hier sind die „alten“ OECD-Staaten vor 1990 angesprochen.

¹⁸ „Alle Transformationsregionen“ umschließt alle 119 Staaten, die im BTI berücksichtigt werden. Nicht berücksichtigt sind die alten OECD-Länder oder Länder mit weniger als 3 Mio. Einwohner (mit wenigen Ausnahmen, z. B. Slowenien).

Dafür wären Indikatoren nötig, die auch hinreichend die Qualitätsdifferenzen von konsolidierten Demokratien erfassen würden.¹⁹ Im Falle Ostmitteleuropas würde sich dann in einigen Ländern zeigen, dass niedrige Wahlbeteiligungen, mangelnde gesellschaftliche Verankerung der Parteien, Volatilität, Polarisierungen, Intransigenzen zwischen Regierung und Opposition die Qualität der neuen Demokratien einschränken (Merkel 2007: 510 ff.). Diese Differenzierungen liegen aber alle deutlich über der Konsolidierungsschwelle.

Zwischen den einzelnen Ländern in Osteuropa bestehen gerade in der Rechtsstaatlichkeit erhebliche Unterschiede. Während sich Slowenien, Litauen, die Slowakei, Polen, Ungarn, Estland und Tschechien fast auf westeuropäischem Niveau befinden, müssen Mazedonien, Serbien und Bosnien-Herzegowina als defekte Demokratien bezeichnet werden. Russland ist unter Putin zu einem Grenzfall zwischen einer hochgradig defekten Demokratie und einem offenen autoritären Regime geworden – eine Linie, die Belarus spätestens nach 1995 überschritten hat.

Jüngere Forschungen im Bereich hybrider Regime und defekter Demokratien haben aber gezeigt, dass gerade die mangelnde Rechtsstaatlichkeit in Verbindung mit der *horizontal accountability* das Einfallstor für die schleichende Reautoritarisierung des gesamten demokratischen Systems sind (O'Donnell 1998; Merkel et al. 2003; Merkel et al. 2006; Croissant/Merkel 2004). Ein defekter Rechtsstaat und eine nur rudimentär funktionierende horizontale Gewaltenkontrolle „infizieren“ häufig die anderen Teilregime des gesamten demokratischen Regimes und entwerten schließlich selbst faire demokratische Wahlen als nicht mehr „meaningful“ (Beetham 1994). Ein minimalistisches Demokratiekonzept, das fast ausschließlich auf der Volkssouveränität und der *vertical accountability* (Schumpeter 1950; Dahl 1971; Przeworski 1991) fußt, kann eine solche Entwicklung nicht erfassen. Als analytisches Referenzkonzept, das empirisch gesättigte Diagnosen, Prognosen und Erklärungen für konsolidierende und dekonsolidierende Entwicklungen von Demokratien ermöglichen soll, ist es unterkomplex und analytisch nur wenig ergiebig.

5. Das Elend der Theorie

Von 18 untersuchten Ländern haben sich in sieben Ländern Osteuropas die jungen Demokratien außerordentlich schnell konsolidiert. Qualität und Stabilität unterscheiden sich nicht mehr wesentlich von den westeuropäischen Demokratien.²⁰ Vier Länder – Kroatien, Lettland, Bulgarien und Rumänien – sind auf dem besten Wege, sich zu konsolidieren, auch wenn Probleme wie Korruption, organisierte Kriminalität und die Schwäche der Justiz sicherlich nicht so schnell überwunden werden können.²¹ Blieben

19 Ein solcher Index wird gerade in einem von mir geleiteten Forschungsprojekt (Berlin/Zürich: „Demokratiebarometer“) für die OECD-Staaten innerhalb des Züricher Forschungsverbundes NCCR entwickelt. Das „Barometer“ wird deutlicher Differenzierung und Varianzen zwischen den einzelnen Demokratiedimensionen und den Ländern erlauben.

20 Einen Vergleich mit dem Italien Berlusconi, den USA unter Bush oder einem Österreich, das sich von einer rassistisch-xenophoben Partei mitregieren lässt, müssen sie sicherlich nicht scheuen.

21 Mit diesen Problemen ließe sich auch Italien beschreiben.

also sechs Länder, deren Demokratien sich noch nicht konsolidieren konnten. Bei drei von ihnen, Albanien, Russland und Belarus, ist eine demokratische Konsolidierung in absehbarer Zukunft kaum zu erwarten. Auch bei einer wohlwollenden Interpretation hat das „Dilemma der Gleichzeitigkeit“ (Offe 1991) deutlich weniger als 50 Prozent der Ergebnisse vorausgesagt. Das dürfte unterhalb der Trefferquote eines Zufallsgenerators liegen. Hat das Theorem also versagt? Aus der bequemen Position der Ex-post-Beobachtung wird man das bejahen müssen. Meine These lautet: Das Theorem hat nicht nur trotz, sondern gerade wegen seiner theoretischen Eleganz versagt. Dies gilt nicht nur für das „Dilemma der Gleichzeitigkeit“, sondern für alle handlungstheoretischen Engführungen, die sich aus der Transitionsforschung Südeuropas und Lateinamerikas in die Transformationsforschung anderer Regionen fortgepflanzt haben. Ein besonderes Beispiel dafür ist Adam Przeworskis Aufsatz „Some Problems in the Study of Transition to Democracy“ (1986). Dort leitet Przeworski bruchlos aus den Akteurskonstellationen und Koalitionen von *hardliners* und *softliners* des Ancien Régime mit den *radicals* oder *moderates* der Opposition den Typus des entstehenden Regimes ab. Strukturen, Kulturen, Wirtschaft, Tradition, Geschichte und Pfade werden als theorieunreine Variablen unter dem Schirm einer impliziten *Ceteris-paribus*-Klausel unsichtbar gemacht. Eine solche handlungstheoretische Engführung hat schon für die kurze Periode zwischen Liberalisierung und Transition begrenzte Erklärungskraft, für die demokratische Konsolidierung ist sie unbrauchbar. Aber erst die Konsolidierungsphase gibt den Blick auf den Typus des entstandenen Regimes frei. Damit hat sich zwar nicht das gesamte „Transitionsparadigma“ erschöpft, wie Thomas Carothers (2004: 168) meint, aber seine Erklärungskraft nimmt mit dem Fortschreiten der drei Demokratisierungsetappen deutlich ab. Die Angst des Theoretikers vor Eklektizismus und Synthese reduziert das analytische Potenzial für die Analyse. *A fortiori* gilt dies für Theorien, die den Wandel solch komplexer (Struktur-)Phänomene wie politische Regime erklären wollen. Die Unterordnung ökonomisch, kulturell und historisch stark unterschiedlicher Staaten wie Tschechien, Albanien und Russland unter das Diktat eines einzigen Dilemmas verkannte die unterschiedlichen Demokratisierungspotenziale dieser Länder.

Natürlich spielt das Verhalten der Eliten im Demokratisierungsprozess eine wichtige Rolle. „Elite settlement“ und Elitenkonvergenz ermöglichen nicht selten die ersten wichtigen Institutionalisierungserfolge demokratischer Verfahren (Burton et al. 1992: 8 ff.). Die formalisierte Handlungstheorie jedoch vermag unter der Proposition der Rationalität aus strategischen Handlungssimulationen wahrscheinliche Entscheidungsrichtungen voraussagen. Wie sich diese allerdings in den unendlich komplexeren Umwelten realer Systemwechsel institutionalisieren und zu welchen Ordnungs- und Regimeformen verdichten, dazu kann sie nur wenig sagen, da mit der wohlfeilen *Ceteris-paribus*-Klausel große Teile des Explanandums abgedunkelt werden. Im theoretischen Dunkel bleiben auch beim „Dilemma der Gleichzeitigkeit“ insbesondere drei Variablen, die einen Großteil des raschen Konsolidierungserfolges vor allem in Ostmitteleuropa erklären: Modernität, Staatlichkeit und externe Akteure. Es sind also vor allem Variablen, die die Modernisierungs- und Systemtheorie (u. a. Parsons 1951; Lipset 1959, 1981; Easton 1965; Vanhanen 1989) und der Strukturalismus (Moore 1969; Rueschmeyer et al. 1992) ins Zentrum ihrer Demokratisierungserklärungen gerückt haben.

Modernität: Hinter den gewaltigen Problemen der postkommunistischen Transformation blieb den Theoretikern verborgen, dass das Modernisierungsniveau in den meisten Ländern des westlichen Osteuropas höher war, als dies in den 1970er Jahren in Südeuropa oder in den Achtzigerjahren des zwanzigsten Jahrhunderts in Lateinamerika der Fall war. Vor allem ein entscheidender Modernisierungsfaktor ging nur selten systematisch in die Prognose ein: das Bildungsniveau. Von der Bildung weiß die modernisierungsorientierte Demokratisierungsforschung jedoch schon länger, dass ihr Niveau der entscheidende Prädiktor für nachhaltige Demokratisierung ist (Moore 1985). In Osteuropa und insbesondere in Ostmitteleuropa war das Bildungsniveau höher als in den anderen Transformationsländern der dritten Welle. Die Tatsache, dass die kognitiven Ressourcen egalitär im kommunistischen Europa verteilt waren, unterstützte ihre demokratisierende Schubkraft. Zudem hat die kommunistische Modernisierung insgesamt vergleichsweise geringe sozioökonomische Ungleichheiten hinterlassen. Auch dies war ein erheblicher komparativer Demokratisierungsvorteil des postkommunistischen Europas gegenüber Asien und Lateinamerika. Vor allem in Lateinamerika birgt die extrem nichtegalitäre Verteilung von ökonomischen und kognitiven Ressourcen ein permanentes Destruktionspotenzial für die Demokratie (Przeworski et al. 1996). Das damit verbundene Problem der „*low intensity citizenship*“ (O'Donnell 1998) stellte sich damit für Ostmitteleuropa kaum. Das im interregionalen Vergleich hohe kulturelle und soziale Modernisierungsniveau erwies sich als ein positiver Faktor für die nachhaltige demokratische Konsolidierung im Baltikum und in Ostmitteleuropa. Insofern hat die staatssozialistische Modernisierungsdiktatur die postautoritären Demokratisierungschancen erhöht (Segert 2002: 275). Die kontextuelle Unterkomplexität der akteurstheoretischen Transformationsforschung vermochte die handlungstheoretische Logik von Modernität, Aspiration und Akzeptanz nicht zu erkennen.

Staatlichkeit. Staatlichkeit soll hier in doppelter Hinsicht verstanden werden: Erstens betrifft es die Integrität von Staatsvolk, Staatsgebiet und Staatsmacht (Jellinek 1905) und zweitens die Administrationsfähigkeit der Staatsbürokratie (Weber 1976). Generell muss hier zwischen zwei Ländergruppen in Osteuropa unterschieden werden: jene, die mit der Jellinekschen Trinität eines funktionierenden Staatswesens besondere Probleme hatten und diese nicht (friedlich) lösen konnten (Russland, Ex-Jugoslawien, Albanien und abgeschwächt die Ukraine). Mit der Ausnahme von Slowenien, welches das Problem 1991 rasch gelöst hatte, sind dies auch die Länder mit dem schwächsten Konsolidierungsstand der Demokratie. Kroatien war viel länger in den ethnischen Bürgerkrieg auf dem Balkan verwickelt, was die verzögerte Konsolidierung in hohem Maße erklärt. Die Tschechoslowakei löste 1992 das Territorial- und Demosproblem rasch und friedlich. Beide Länder, die Slowakei mit einigen Jahren Verzögerung, zählen heute zu den konsolidierten Demokratien. Albanien hatte lange Zeit Probleme, das staatliche Gewaltmonopol durchzusetzen, was sich auch gegenwärtig noch in einer besonderen Staatsschwäche niederschlägt. Serbien-Montenegro, Bosnien-Herzegowina und der Kosovo haben das Problem der Demozugehörigkeit oder das Territorialproblem noch keineswegs gelöst.²² Irredentismus, Nationalismus und Ethnopolitismus gefährden des-

²² Auf die zentrale Bedeutung, die eine von allen Bürgern akzeptierte „politische Gemeinschaft“ oder ein nicht infrage gestellter Demos für die Demokratie haben, haben u. a. hingewiesen: Mill (1872: 222), Easton (1965), Rustow (1970: 355) sowie Dahl (1971: 110 f.).

halb diese fragilen „elektoralen Demokratien“. In Russland haben die Sezessionstendenzen in Tschetschenien und im gesamten Kaukasus sicherlich zu einer Reautoritarisierung des politischen Regimes beigetragen. Dort, wo die „Staatsfrage“ prekär blieb, hat sie erheblich zur Verhinderung der demokratischen Konsolidierung beigetragen.

Das Problem der Staatlichkeit hatte einen weit größeren Einfluss auf den Erfolg und das Scheitern der demokratischen Konsolidierung in Osteuropa als mögliche Interferenzen der gleichzeitigen politischen und wirtschaftlichen Transformation. Wie fundamental eine funktionierende Staatlichkeit für die Entwicklung der Demokratie ist, haben Linz und Stepan (1996: 28) prägnant formuliert: „Without a state, there can be no citizenship; without citizenship there can be no democracy.“

In jenen Ländern aber, in denen keine Staatlichkeitsprobleme vorhanden waren, hat das kommunistische Regime einen einigermaßen funktionierenden Staat, vergleichsweise umfangreiche öffentliche Ressourcen und ein Verständnis für die notwendigen Funktionen des Staates hinterlassen. Diese Effizienz kann sich sicherlich nicht mit jener der skandinavischen und westeuropäischen Staaten messen. Sie ist aber der defizitäreren Staatlichkeit Lateinamerikas, Afrikas und Teilen Süd- wie Südostasiens weit überlegen. Staatsfixierte Autokratien geben ein positiveres Vermächtnis für die Demokratisierung weiter als Diktaturen mit schwachen Staatsstrukturen. Der Umbau eines omnipotenten Leviathan ist ganz offensichtlich einfacher als der Aufbau von Staatlichkeit aus *failed* oder *fragile states*. In jedem Fall ist das Problem der Staatlichkeit und effizienten Bürokratie in der Transformationsforschung bisher unterschätzt worden.

Ein solch positives Staatlichkeits- und Bürokratievermächtnis kann auch verschleudert werden, wie dies in der chaotischen „Bereicherungsoligarchie“ Jelzins der Fall war. Jelzins Regierungsperiode, bisweilen oberflächlich als liberale Demokratiephase beschrieben, war vor allem ein Musterbeispiel von „state capture“ durch Oligarchen, die ihre privaten Interessen am besten in einem geschwächten Staat verfolgen konnten. Putin reagierte auf diese oligarchische Entstaatlichung wiederum mit undemokratisch-autoritären Maßnahmen, um die staatliche Ordnung zu re-etablieren. Dies hat zwar den russischen Staat gefestigt, nicht jedoch die Demokratie gestärkt.

Externe Akteure: Handlungstheoretiker konzentrierten sich in der Transformationsforschung auf die Binnenakteure im Demokratisierungsprozess. Dies gilt auch für das „Dilemma der Gleichzeitigkeit“. Externe Akteure blieben weitgehend außen vor. Allerdings hätte die Erfolgsgeschichte der zweiten Demokratisierungswelle in Deutschland, Italien und Japan sowie die EU-Hilfen für Portugal, Spanien und Griechenland in den 1970er Jahren darauf aufmerksam machen können, wie externe Unterstützung und die multilaterale Einbindung in regionale demokratische Bündnisstrukturen die demokratische Konsolidierung eines Landes stützen und beschleunigen können. Der Marshall-Plan, aber noch stärker die frühe Einbindung von Deutschland und Italien in die EGKS (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl) (1951) und in die EWG (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft) (1957), haben dazu beigetragen, die Demokratie in beiden Ländern zu stabilisieren. In geringerem Maße traf dies auch auf Griechenland, Portugal und Spanien in den 1970er und 1980er Jahren zu. Die EG hatte eine klare Verknüpfung von Mitgliedschaft und funktionierender Demokratie der Beitrittsländer formuliert. Der Anreiz, in die wirtschaftsfördernde und wohlfahrtssteigernde europä-

schen Gemeinschaft aufgenommen zu werden, löste einen *Push*-und-*pull*-Effekt auf die Konsolidierungsbemühungen der drei Länder aus (Merkel 2007: 104 ff.).

Die gleiche Situation stellte sich zu Beginn der 1990er Jahre für die neuen Demokratien in Nordost- und Mittelosteuropa. Mittlerweile hatte die EU mit den Kopenhagen-Kriterien (1993) das Junktum zwischen Demokratie und Mitgliedschaft vertraglich fixiert und präzisiert: Nur konsolidierte marktwirtschaftliche Demokratien sollten in die EU aufgenommen werden. Es entstand ein Wettlauf unter den meisten neuen Demokratien Osteuropas, die Eintrittsbedingungen zu erfüllen. Die Anpassungen der Normen und Institutionen an den *Acquis Communautaire* während der 1990er Jahre verlieh den jungen Demokratien mit Beitrittchancen einen regelrechten Konsolidierungsschub (Ágh 2001: 27). Ohne die Voraussetzungen der Modernität und der staatlichen Effizienz wären diese Staaten aber erst gar nicht in den Genuss eines Beitrittsangebots gekommen. Die interdependente Trias von Modernität, Staatlichkeit und EU-Beitritt löste das Dilemma der Gleichzeitigkeit auf. Die jungen Demokratien Ostmittel- und Nordosteuropas konsolidierten sich schneller, als dies in Spanien und Portugal, nicht zu reden von Lateinamerika, Asien oder Afrika der Fall war (Schmitter/ Schneider 2004; Merkel 2007).

Die jungen Demokratien Nordost- und Mittelosteuropas sind konsolidiert. Tschechien, die Slowakei, Slowenien, die baltischen Staaten haben einen Grad an demokratischer Stabilität erreicht, der eine rasche Dekonsolidierung unwahrscheinlich macht. Die polarisierte, innenpolitische Auseinandersetzung in Ungarn im Jahr 2006, die monatelang anhaltende schwierige Koalitionsbildung in Tschechien (2006/7) und selbst die illiberalen und chauvinistischen Entgleisungen der Kaczynski-Regierung in Polen zeigen, dass die Demokratien in diesen Ländern hinreichend gefestigt sind, dass solche innenpolitischen Krisen sich nicht zu Regimekrisen verschärfen. Allerdings deuten diese und andere Entwicklungen daraufhin, dass sich die Qualität der ostmitteleuropäischen Demokratien von jenen Schwedens, Finnlands, Großbritanniens und auch Deutschlands durchaus unterscheiden lässt. An einem Instrumentarium für die gegenwärtig prosperierenden Wachstumsindustrie „Quality of Democracy“ wird allerorten gearbeitet (Morlino 2004; Diamond/Morlino 2004; Bühlmann et al. 2007; Bertelsmann Stiftung 2007). Allerdings liegen diese Qualitätsunterschiede oberhalb der Konsolidierungsschwelle, die diese Länder in den neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts überschritten haben. Noch einmal: Das Überschreiten einer solchen Schwelle ist nicht mit Irreversibilität zu verwechseln. Eine abstrakt-generalisierte oder gar artifiziell-numerisch festgelegte Konsolidierungsschwelle lässt sich jedoch nicht fixieren. Eine solche Pseudoexaktheit würde mit dem Verlust einer einsichtsvollen kontextgebundenen, theoriegeleiteten Vergleichsanalyse erkaufte werden, wäre Wissenschaft im schlechtesten Sinne.

Was bleibt vom „Dilemma der Gleichzeitigkeit“? Der Kern, die dilemmatischen Interferenzen zwischen der politisch gesteuerten Einführung des Kapitalismus und dem Aufbau demokratischer Strukturen, hat die empirische Reifeprüfung nicht bestanden. Er kann im Sinne Poppers als „erledigt“ angesehen werden. Erklärungskräftig aber bleibt das Randargument des Theorems, die Problematik von Staatlichkeit und Demokratie. Es sollte in die frei gewordene Leerstelle und damit ins Zentrum zukünftiger Transformationsforschung rücken. Hier liegen die eigentlichen Pfadabhängigkeiten und Erblasten von Entscheidungsprozessen in der Transformation. *Bringing the state back in*

entwertet nicht die handlungstheoretische Erklärungskraft, sondern entfaltet erst ihr wirkliches analytisches Potenzial, indem es politisches Handeln analytisch an institutionelle Kontexte bindet und nicht alleine an spieltheoretische Strategiekalküle. Es schützt die Transformationsforschung vor den akteurstheoretischen Übertreibungen aus den 1980er und 1990er Jahren. Ohne eine angemessene Synthese von handlungs-, struktur- und kulturtheoretischen Theorieelementen lassen sich in der Regime- und Transformationsforschung bestenfalls Partialwahrheiten entdecken. Sie haben ihre Berechtigung, sollten aber nicht als das Ganze verkauft werden.

Anhang

Table A1: Demokratische Indizes von BTI, Freedom House und Polity IV im Vergleich

Land	BTI	Freedom House	Polity IV
Albanien	-0,46	-0,48	-0,11
Belarus	-2,48	-2,64	-3,70
Bulgarien	0,28	0,45	0,40
Estland	0,87	0,75	-0,37
Kroatien	0,68	0,14	-0,11
Lettland	0,19	0,75	0,14
Litauen	0,78	0,75	0,66
Mazedonien	-0,27	-0,48	0,40
Moldawien	-1,60	-0,79	0,14
Polen	0,75	0,75	0,66
Rumänien	0,13	0,14	0,40
Russland	-1,41	-2,02	-0,11
Serbien-Montenegro	-0,37	-0,17	-0,37
Slowakei	0,75	0,75	0,40
Slowenien	0,96	0,75	0,66
Tschechien	0,90	0,75	0,66
Ukraine	-0,55	-0,17	-0,37
Ungarn	0,87	0,75	0,66

Angaben: Für eine bessere Vergleichbarkeit wurden alle Indizes z-transformiert, wobei die Skalierung des Freedom-House-Index umgedreht wurde, sodass auch hier hohe Zahlenwerte ein größeres Ausmaß an Demokratie bedeuten. Bosnien-Herzegowina wurde aus dem Sample entfernt, da dieses Land im „Polity IV“-Datensatz als nicht „souverän geführt“ wird und somit keine weitergehende Einschätzung des politischen Systems vorliegt. Zur Gewährleistung eines identischen Samples für alle z-Transformationen wurde Bosnien-Herzegowina generell exkludiert.

Der BTI und Freedom House messen die Regimecharakteristika jeweils im Jahr 2005, für Polity IV wurde die aktuellste Messung aus dem Jahr 2004 verwendet.

Quellen: Bertelsmann Stiftung (2005), Freedom House (2007), Polity IV Project (2007).

Literatur

- Ágh, Attila*, 2001: Ten Years of Political and Social Reforms in Central Europe, in: Central European Political Science Review 3, 24-43.
- Alber, Jens/Merkel, Wolfgang* (Hrsg.), 2006: Europas Osterweiterung: Das Ende der Vertiefung? WZB-Jahrbuch 2005. Berlin.
- Almond, Gabriel A./Verba, Sidney*, 1963: The Civic Culture. Princeton.
- Almond, Gabriel A./Verba, Sidney* (Hrsg.), 1980: The Civic Culture Revisited. London.

- Beetham, David*, 1994: Key Principles and Indices for a Democratic Audit, in: *Beetham, David* (Hrsg.), *Defining and Measuring Democracy*. London et al., 25-43.
- Bertelsmann Stiftung* (Hrsg.), 2005: Bertelsmann Transformation Index 2006. Auf dem Weg zur marktwirtschaftlichen Demokratie. Gütersloh.
- Bertelsmann Stiftung* (Hrsg.), 2007: BRI (Bertelsmann Reform Index) 2008. Gütersloh.
- Beyme, Klaus von*, 2000: *Parliamentary Democracy. Democratization, Destabilization, Reconsolidation 1789-1999*. Houndsmill/Basingstoke.
- Blondel, Jean/Müller-Rommel, Ferdinand/Malová, Darina*, 2007: *Governing New European Democracies*. Basingstoke/ New York.
- Bühlmann, Marc/Merkel, Wolfgang/Weßels, Bernhard*, 2007: *Quality of Democracy Democracy Barometer for Established Democracies*, NCCR Working Paper. Zürich/Berlin.
- Burton, Michael G./Gunther, Richard/Higley, John*, 1992: Introduction: Elite Transformations and Democratic Regimes, in: *Higley, John/Gunther, Richard* (Hrsg.), *Elites and Democratic Consolidation in Latin America and Southern Europe*. Cambridge et al., 1-38.
- Carothers, Thomas*, 2004: *Critical Mission – Essays on Democracy Promotion*. Washington, DC.
- Croissant, Aurel*, 2004: From Transition to Defective Democracy: Mapping Asian Democratization, in: *Croissant, Aurel/Merkel, Wolfgang* (Hrsg.), *Special Issue of Democratization: Consolidated or Defective Democracy? Problems of Regime Change* 11 (5). Abingdon, 156-178.
- Croissant, Aurel/Merkel, Wolfgang* (Hrsg.), 2004: *Special Issue of Democratization: Consolidated or Defective Democracy? Problems of Regime Change* 11 (5). Abingdon.
- Dahl, Robert A.*, 1971: *Polyarchy. Participation and Opposition*. New Haven/London.
- Di Palma, Giuseppe*, 1990: *To Craft Democracies. An Essay on Democratic Transitions*. Berkeley.
- Diamond, Larry/Morlino, Leonardo*, 2004: The Quality of Democracy. An Overview, in: *Journal of Democracy* 15, 14-25.
- Easton, David*, 1965: *A Systems Analysis of Political Life*. New York.
- Elster, Jon*, 1990: The Necessity and Impossibility of Simultaneous Economic and Political Reform, in: *Polszajski, Piotr* (Hrsg.), *Philosophy of Social Choice*. Warschau, 309-316.
- Freedom House*, 2007: *Freedom in the World Historical Rankings*. Comparative scores for all countries from 1973 to 2006, in: <http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=15>; 13.06.2007.
- Gunther, Richard/Diamandouros, Nikiforos P./Puble, Hans-Jürgen* (Hrsg.), 1995: *The Politics of Democratic Consolidation. Southern Europe in Comparative Perspective*. Baltimore.
- Habermas, Jürgen*, 1990: *Die nachholende Revolution*, Frankfurt a. M.
- Jellinek, Georg*, 1905: *Allgemeine Staatslehre*. Berlin.
- Klingemann, Hans-Dieter/Volkens, Andrea/Budge, Ian/Bara, Judith/McDonald, Michael D.*, 2006: *Mapping Policy Preferences II: Parties, Electorates and Governments in Eastern Europe and the OECD 1990-2003*. Oxford.
- Linz, Juan/Stepan, Alfred*, 1996: *Problems of Democratic Transition and Consolidation: Southern Europe, South America and Post-Communist Europe*. Baltimore.
- Lipset, Seymour Martin*, 1959: Some Social Requisites of Democracy: Economic Development and Political Legitimacy, in: *American Political Science Review* 53, 69-105.
- Lipset, Seymour Martin*, 1981: *Political Man. The Social Basis of Politics*. Baltimore.
- Merkel, Wolfgang*, 1994: Restriktionen und Chancen demokratischer Konsolidierung in postkommunistischen Gesellschaften: Ostmitteleuropa im Vergleich, in: *Berliner Journal für Soziologie* 4, 463-484.
- Merkel, Wolfgang*, 1996: Theorien der Transformation post-autoritärer Gesellschaften, in: *Beyme, Klaus von/Offe, Claus* (Hrsg.), *Politische Theorien in der Ära der Transformation*. Sonderheft der Politischen Vierteljahresschrift. Opladen, 30-58.
- Merkel, Wolfgang*, 1998: Die Konsolidierung postautoritärer und posttotalitärer Demokratien: Ein Beitrag zur theorieorientierten Transformationsforschung, in: *Süssmuth, Hans* (Hrsg.), *Transformationsprozesse in den Staaten Ostmitteleuropas*. Baden-Baden, 39-61.
- Merkel, Wolfgang*, 2007 (im Erscheinen): *Systemtransformation*. Wiesbaden.
- Merkel, Wolfgang/Puble, Hans-Jürgen/Croissant, Aurel/Eicher, Claudia/Thiery, Peter*, 2003: *Defekte Demokratie, Band 1: Theorie*. Opladen.

- Merkel, Wolfgang/Puble, Hans-Jürgen/Croissant, Aurel/Thiery, Peter, 2006: Defekte Demokratie, Band 2: Regionalanalysen. Wiesbaden.
- Mill, John Stuart, 1872: Betrachtungen über Repräsentativ-Regierung, Gesammelte Werke, Bd. 8. Leipzig.
- Morlino, Leonardo, 2004: What is a „Good“ Democracy?, in: Croissant, Aurel/Wolfgang Merkel (Hrsg.), Special Issue of Democratization: Consolidated or Defective Democracy? Problems of Regime Change 11 (5), 10-32.
- Moore, Barrington, 1969: Soziale Ursprünge von Diktatur und Demokratie. Frankfurt a. M.
- Moore, Mick, 1985: Democracy and Development in Cross-National Perspective: A New Look at the Statistics, in: Democratization 2, 1-19.
- O'Donnell, Guillermo, 1998: Horizontal Accountability in New Democracies, in: Journal of Democracy 9, 112-126.
- Offe, Claus, 1991: Das Dilemma der Gleichzeitigkeit. Demokratisierung und Marktwirtschaft in Osteuropa, in: Merkur 45, 279-292.
- Parsons, Talcott, 1951: The Social System. New York.
- Polity IV Project, 2007. Polity IV Data Set, in: <http://www.cidcm.umd.edu/polity/data/>; 13.06.2007.
- Pridham, Geoffrey, 1995: The International Context of Democratic Consolidation: Southern Europe in Comparative Perspective, in: Gunther, Richard/Diamandouros, Nikiforos P./Puble, Hans-Jürgen (Hrsg.), The Politics of Democratic Consolidation. Southern Europe in Comparative Perspective. Baltimore, 166-203.
- Przeworski, Adam, 1986: Some Problems in the Study of the Transition to Democracy, in: O'Donnell, Guillermo/Schmitter, Philippe C. (Hrsg.), Transition from Authoritarian Rule, Bd. 1. Baltimore, 47-63.
- Przeworski, Adam, 1991: Democracy and the Market. Political and Economic Reforms in Eastern Europe and Latin America. Cambridge.
- Przeworski, Adam/Alvarez, Michael/Cheibub, José Antonio/Limongi, Fernando, 1996: What Makes Democracies Endure?, in: Journal of Democracy 7, 39-55.
- Rueschmeyer, Dietrich/Huber Stephens, Evelyn/Stephens, John, 1992: Capitalist Development & Democracy. Cambridge.
- Rustow, Dankwart A., 1970: Transitions to Democracy, in: Comparative Politics 2, 337-363.
- Sartori, Giovanni, 1994: Neither Presidentialism nor Parliamentarism, in: Linz, Juan J./Valenzuela, Arturo (Hrsg.), The Failure of Presidential Democracy. Baltimore, 106-118.
- Schmitter, Philippe C./Schneider, Carsten Q., 2004: Liberalization, Transition and Consolidation: Measuring the Components of Democratization, in: Croissant, Aurel/Merkel, Wolfgang (Hrsg.), Special Issue of Democratization: Consolidated or Defective Democracy? Problems of Regime Change 11 (5). Abingdon, 59-90.
- Schumpeter, Joseph A., 1950: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. Bern.
- Segert, Dieter, 2002: Die Grenzen Osteuropas. Wiesbaden.
- Vanhanen, Tatu, 1989: The Level of Democratization Related to Socioeconomic Variables in 147 States, 1980-1985, in: Scandinavian Political Studies 12, 95-127.
- Weber, Max, 1976 (1922): Wirtschaft und Gesellschaft. Tübingen.
- Wessels, Bernhard/Klingemann, Hans-Dieter, 2006: Partisans and Voters – Representative Consolidation in Central and Eastern Europe?, in: International Journal of Sociology 36, 11-44.
- Wiesenthal, Helmut, 1993: Die „Politische Ökonomie“ des fortgeschrittenen Transformationsprozesses und die potentiellen Funktionen intermediärer Akteure (I), Arbeitspapier der Max-Planck-Gesellschaft, AG Transformationsprozesse No. 1, Berlin.